

Zeitschrift: Die Berner Woche

Band: 29 (1939)

Heft: 1

Rubrik: Weltwochenschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltwochenschau

Wehropfer auf breiter Grundlage.

350 Millionen kostet unser Militär wiederum, und wir wollen froh sein, wenn diese Ausgaben uns jenen Respekt verschaffen, von dem wir annehmen, er verhindere einen Überfall auf unsere Grenzen, man „rechte mit uns“. Die einzelnen Posten des Budgets bezeichnen sehr deutlich, in welcher Richtung wir besonders rüsten, aber auch, woran es bisher gefehlt hat: 150 Millionen brauchen wir zum Ausbau der Fliegerei und der Fliegerabwärter. Es besteht ein gewisser Vorteil darin, daß wir die Erfahrungen des Militärs in Spanien und China studieren und verwerten können, daß wir unser Geld nicht schon in veralteten Apparaten „verloren“ haben. Aber irgendwie denkt man doch an den „Reiter auf dem Bodensee“, wenn man überlegt, daß wir in der vergangenen Septemberkrise, was die Wehrbereitschaft in der Luft betrifft, sehr einem ungeschlagenen Feind geglichen haben.

Ein weiterer Posten, „Ausbau der Befestigungsanlagen“, verlangt 93 Millionen. Es handelt sich vor allem um die Grenzbefestigungen, die den Grenzschutzkompanien als Basis für ihre Arbeit dienen sollen, damit sie eine Mobilisation im Lande selbst vor unliebsamen Überraschungen schützen können. „Armiertes Beton für 93 Millionen“ . . . hoffentlich wird das System von Schanzen und Unterständen, von getarnten „Blockhäusern“ und sprengbereiten Minen so dicht und undurchdringlich, daß wir Vertrauen haben dürfen. Wenn alle Alpenpässe, alle wichtigen Juraübergänge, alle Zufahrtslinien zum Rhein und zum Bodensee mit einigen Staffeln bewehrter Maschinengewehrnester und nacher verfügbare Artillerie versehen sind, können wir ruhiger schlafen.

Körpersmaterial, Materialreserven, Verstärkung der Bewaffnung, Verstärkung der Munitionsreserven kosten zusammen wieder über 90 Millionen, und die kleinen Posten, z. B. die Errichtung neuer geschürter Munitionslager, die Sicherung des Bahnbetriebes und des telephonischen Verkehrs, werden den Rest beanspruchen.

Es versteht sich von selbst, daß namentlich der Hauptposten „Befestigungsarbeiten“ Arbeit bringt und auf eine gewisse Zeit hinaus wesentlich zur Lösung des Arbeitslosenproblems beiträgt.

In diesem Zusammenhang ist die Frage der Finanzierung zu bewerten. Anleihe oder Besteuerung? Anleihen vermehren die schon an und für sich fast nicht mehr tragbare Schuldenlast. Besteuerung ist nie beliebt . . . die Kredite sind bewilligt, die Deckung muß folgen. Der Bundessrat denkt an ein „Wehropfer“, zu dem auch der letzte Bürger seine paar Franken beizusteuern hätte . . . später wird zweifellos die Krisensteuer als Wehrsteuer kommen. Wir halten diesen Weg für heilsamer als die Pomperei, weil er zur Finanzierung von Arbeit dient und Verdienst bringt, wodurch das ganze Geschäftsleben einen Stimulus erhält und die Steuern wieder einbringt. Ein Kreislauf des Geldes ohne neue „Verpflichtung im Betrage des Umgesehen“ . . . dabei Arbeit für Ungezählte . . . hier kann man schon singen: „Heil dir Helvetia!“.

Autos und Bahnen im Kriegshall.

Im „Bund“ hat Arthur Mojonnier, Zürich ausgerechnet, daß die natürliche Annahme des privaten Bestandes an kriegstauglichen Camions viel zu gering sei, um den Bedürfnissen der Armee gerecht zu werden. Wenigstens anderthalb Tausend Wagen fehlen; dabei wird eine durchaus nicht genügende Zahl von Reservewagen berechnet. Mojonnier redet der Subventionierung das Wort, besser der Prämierung von Käufern jener Wagen, welche die Armee im Kriegsfalle requirieren würde.

Ein Argument Mojonniens scheint sofort einzuleuchten: Unsere Bahnen würden wahrscheinlich zum großen Teil gebrauchsunfähig sein . . . von Bomben zerstört. Die viel beweglicheren Camions aber wären weniger leicht zu treffen und blieben unabhängiger in bezug auf die Wahl der Wege, wären auf jeden Fall nicht an bestimmte Schienenstrecken gebunden. Also Autocamions fabrizieren, schweizerische Autofabrikanten! Und Camions kaufen, große Camions, patriotische Unternehmer, damit der Staat die richtigen requirieren kann, für den Fall, vor dem uns der Himmel bewahren möge.

Aber da kommt sofort der Volkswirtschaftler und rechnet aus. Nämlich: Die Bahnsanierung wird noch weniger möglich sein als sie es bisher schon war, falls die Mahnung, Camions zu kaufen, in weitem Umfange befolgt wird! Es müßte sogar ernstlich an einen Opferschnitt gedacht werden, den man bisher überhaupt noch nicht in Betracht zog: Den Schnitt am investierten Kapital. (Bei den SBB garantiert bekanntlich der Bund . . . hier haftet der Steuerzahler!)

Die schlimme Situation, daß wir unsere „alten“ Vermögen zum Teil in den „eisernen Transportanstalten“ investiert haben, und daß neue Vermögen in leistungsfähige neue Transportmittel gestellt werden, bevor die alten Investitionen zurückbezahlt sind, besteht jedenfalls, und der „Kampf der Kapitalien um ihre Rendite“ spielt in jede Phase der Diskussion über die landeswichtigen Transportmittel hinein. Würde dieser Kampf nicht mitspielen, die „Verkehrsteilung“ wäre längst gelungen, und die Frage, was denn eigentlich anzuschaffen sei, Camions oder Waggons usw., könnte nach rein militärischen Gesichtspunkten gelöst werden.

In der „Nationalzeitung“ wird von offenbar bahnfreundlicher oder gar bahnhintergründiger Seite die Werwendbarkeit des Bahnnetzes in sehr interessanter Weise beleuchtet. Die Linien hinter der Front sind nicht so gefährdet, wie es die camionfreundlichen Sprecher haben wollen. Vor allem: Schienenstrecken werden leichter und rascher als Straßenstrecken repariert. Einen gewaltigen Eindruck macht auf den Laien die Gegenüberstellung der Leistungsfähigkeit: Ein Zug mit 8 Mann Begleitmannschaft transportiert soviel wie 160 Lastwagen mit über 300 Leuten! Das ist eine Ausrechnung, welche die Franzosen nach ihren Erfahrungen bei Verdun gewonnen haben, aber sie hat allgemeine Gültigkeit.

Der Schluß: Sowohl Bahnen wie Camions! Die Kapitalfrage hat sich unterzuordnen!

Ausblick ins neue Jahr.

Ein chinesischer Philosoph würde die Menschen vielleicht einteilen in bewußt Tätige, unbewußt Tätige, unbewußt Untätige und bewußt Untätige. Und er würde lehren: „Der bewußt Tätige hat in sich das Maß des Möglichen. Er wird nicht über die Grenzen des Erreichbaren hinaus streben. Der unbewußt Tätige erreicht am meisten, weil er Ziel und Maß seiner Triebkräfte nicht erkennt; auf ihn lauern aber die Gefahren des Sturzes. Der unbewußt Untätige wird von allen Wellen des Geschehens fortgespült . . . er wird immer geschoben sein und niemals wirken. Der bewußt Untätige aber steht am höchsten. Er wird allen Gefahren auszuweichen wissen und wird sich rüsten auf den günstigen Augenblick, der den Einsatz aller Kräfte lohnt . . .“

Bewerten wir die Mächte, die in der hohen Politik gebieten, dann wissen wir nicht, ob wir die Engländer des heutigen Zeitalters zu den bewußt Untätigen zählen dürfen. Sie sind im vergangenen Jahr in entscheidenden Stunden zurückgewichen, und ihre Verbündeten fürchten, sie würden zur gelegenen Zeit ebenfalls zurückweichen. Diese Furcht geht so weit, daß die Franzosen erklären müssen, jede britische Vermittlung in der französisch-italienischen

Disku ssion um Tunis, Korsika oder Djibouti sei unwillkommen. Damit scheidet dieser Gegenstand aus der Traktandenliste des bevorstehenden Chamberlainischen Rombesuches, den selbst die britischen Konservativen beargwöhnen.

Man muß nur fragen, was zwischen den zwei ungleichen Staatsmännern überhaupt besprochen werde solle. Vielleicht die Vermittlung in Spanien, die Italien den Aufwand neuer Opfer ersparen und Franco zu einem glimpflichen Ende seines Abenteuers, zu einem Ende, das nach einem Erfolg aussieht, verhelfen soll? Soviel man gegenwärtig sieht, bringt die Offensive in Katalonien nicht den katastrophalen Durchbruch nach der Küste; die Aktion stößt sich fest, und muß einige Kilometer östlich der bisherigen Linien in opferreichen Grabenkämpfen versanden. Wenn die Katalanen mit ihren Gegenangriffen den Geländeverlust wieder aufholen, dann muß von einem Misserfolg gesprochen werden. Die weiter und weiter gezogene Affäre schreit sozusagen nach einer Vermittlung.

Bon Berlin aus vernahm man Stimmen, die eine neue „Biermännerkonferenz“ vorschlugen. Immerhin müßten die Bier ein Traktandum vor sich haben, das schon entschieden wäre . . . Berlin und Rom hofften mit großer Wahrscheinlichkeit darauf, daß ihnen Franco das „fait accompli“ liefern werde. Siegt er nicht, dann hängt der „Biererplan“ in der Luft. Es ist aber immerhin wichtig, zu wissen, wie sich Berlin das Kas- und Mauspiel mit Frankreich vorstellt . . . immer mit einem noch nicht „belehrten“ oder pro-fascistischen Frankreich. Es ist wieder eine Berliner Stimme, die das verkündet: Die Weigerung Frankreichs, auch nur einen Zoll Bodens an Italien abzutreten, wird verglichen mit der Härte der Tschechen zu Beginn der Sudetenkrise.

Auch die Tschechen hätten sich völlig taub gestellt und keinerlei Konzessionen machen wollen. Und das Ende sei die Entwicklung des Konfliktes bis an den Rand des Weltkrieges und schließlich die Katastrophe des Pragersystems gewesen. Genau so werde Frankreich in die Klemme kommen. Das Propagandaministerium des Dr. Goebbel liefert Rom Argumente: In Djibouti herrsche „französische Unordnung“ . . . dieser Hafen, für den abessinischen Besitz Italiens von grundlegender Bedeutung, müßte den Bedürfnissen Italiens gemäß regiert werden. Freilich, mit Araumenten allein ist Rom nicht gedient. Es müßten andere Hilfsmittel angeboten werden. Und wenn uns nicht alles täuscht, wird Deutschland sie schuldnahm bleiben. Ihm angenäht vollkommen, den Achsenpartner mit Frankreich in eine Diskussion zu verwickeln, und je heftiger sie wird, desto sicherer fühlt sich das Dritte Reich im Westen. Eine „Lösung“ wird verfrüht sein, solange die „Bäume im Osten“ nicht geschüttelt sind.

Wir gehen also mit der Aussicht auf eine äußerst sanwierige und für Mussolini sehr sanweilige Ränkerei zwischen Italien und Frankreich ins neue Jahr: das Lanaweilaste für den Duce besteht darin, daß ihn die deutschen Verbündeten ansehen, aber nicht entscheidend unterstützen. Am Rande dieser „Achsenpolitik“ erscheint es alaumürdia, wenn die Bronthenen von Kommanden inneren Schwierigkeiten Italiens sprechen. Ja sogar alaumürdia, wenn von einer Versuchung gesprochen wird, das ganze Steuer der Antikommunistik radikal herumzuwerfen. Die ganze Last der „fascistischen Weltpolitik“ wird das schwächere Italien auf die Dauer nicht tragen können. Ob Chamberlain, hinter welchem schon ein mutmaßlicher Nachfolger Eden oder Lord Simon auftauchen, am Ende nach Rom geht, um diese Belastung Roms durch Berlin auszunützen?

Doch auch andere Kräfte am Werk sind, um zwischen die beiden Diktatoren Reile zu treiben, beweist eine Berlautbarung von pädagogischer Seite: Die „Gottlosenbeweina“ werde sowohl von bolschewistischer wie von nationalsozialistischer Seite getragen. Aber die Nazis seien gefährlicher, weil sie, anders als die Russen, einen Religionsersatz böten!

Das geht an das katholische Italien Mussolinis und ist eine Neuherzung von Kreisen, die wir gewiß zu jenen zählen dürfen, die „bewußt untätig“ handeln.

Ferner Osten und deutscher Ostplan.

Soll der „Antikominternpakt“ seinen Sinn haben, dann muß zu gleicher Zeit der deutsche und der japanische Aufmarsch gegen die Russen vollendet sein. Das scheint eine ganz selbstverständliche Überlegung zu sein, und auch wenn die beiden Angriffsstürzigen ihre Spiele nicht völlig gleichgeschaltet haben, werden sie alle Schritte des Partners als Anlaß für eigene entsprechende Maßnahmen betrachten.

Der vorläufige japanische Sieg über das China Tschankaischeck mußte die deutsche Reichswehr in Bewegung bringen; umgekehrt müssen die Japaner Morgenluft wittern, seit der Plan Hitlers, eine Aufmarschlinie gegen die Russen zu gewinnen, Gestalt angenommen. Diese Zusammenarbeit über den größten Kontinent hinweg ist gigantisch in ihrem Ausmaß . . . ist aber zugleich abenteuerlich und hat allerlei dilettantisches Voraussetzungen als Grundlage.

Wenn die Deutschen der Ansicht sind, Japan sei bereits „Herr in China“ und wirklich für den russischen Krieg schlagbereit, dann beweisen die japanischen Friedensvorschläge an China allerhand anderes. Japan verspricht die militärische Räumung Chinas bis auf einige Garnisonen „zur Bekämpfung des Kommunismus“. China hätte eine „angemessene“ Kriegsentschädigung zu bezahlen, die Existenz des Mandchukuo anzuerkennen und dem Antikominternpakt beizutreten. Das bedeutet halb und halb: Am Kriege gegen den Kommunismus teilzunehmen. Als Röder wird den Chinesen die Aufhebung aller europäischen und amerikanischen Privilegien in ihrem Gebiete versprochen. Das japanische Angebot behandelt Tschankaischeck nicht mehr als „verdächtiges Element“ . . . ja, er soll nicht einmal mehr endgültig verschwinden, sondern nur nach berühmten Mustern ein wenig in die Ferien gehen und dann wiederkommen dürfen.

Ein solcher Vorschlag der kaiserlichen Regierung in Tokio, die diesmal verantwortlich spricht und von keinen Generälen behindert wird, verrät die Situation sehr deutlich. China ist nicht besiegt. Tokio gibt das unausgesprochen zu. Und macht sich Hoffnungen, die Armee „für das nächste Geschäft“ freizubekommen. Vermutlich haben die Generäle sogar zuerst an das Geschäft gedacht. Verschiedene Divisionen sind aus den Nordprovinzen an die russische Grenze abmarschiert. In Anatolien haben sich die Angriffstruppen, die zuerst eine Offensive in den Rücken der chinesischen Front südlich Hankau ausführen sollten, auf einen inneren Verteidigungsring zurückgezogen. Anzeichen dafür, daß wirklich daran gedacht wird, sich von China zu lösen. Aber es existiert einer, der das begriffen hat und die Lösung gerade deshalb nicht erlauben will, weil er weiß, daß die Generäle des Mikado an ein zweites Abenteuer denken: Tschankaischeck. Er lehnt die japanischen Angebote scharf ab.

Denn auch er weiß, was es heißt, wenn im fernen westlichen Memel der Landtag auf Hitler vereidigt wird, wenn zwischen Kaunas und Berlin Bündnisverhandlungen schwelen, wenn in Chust die karpathorussische, „ukrainische“ SA als Kerntruppe der ukrainischen Revolutionsarmee formiert wird, und wenn in Lemberg der „Nationalparteitag“ der polnischen Ukrainer nochmals feierlich die Autonomieforderung erhebt. Er wertet diese Erscheinungen richtig als Symptome einer Bemerkung, welche die Russen plötzlich vor die Tatsache des Zweifrontenkrieges stellen und aus der bisherigen Passivität hinaus treiben könnte. Für diesen Fall hofft der chinesische Napoleon mit seiner nicht vernichteten Armee zur Stelle zu sein.

—an—